

Offener Brief an Herrn Thore Schäck und die Fraktion der FDP

Ihre Kleine Anfrage „Wie stellt der Bremer Senat die politische Neutralität staatlich geförderter Zuwendungsempfänger sicher? – Transparenz, Compliance und Kontrollmechanismen“

Bremen, 17.3.2025

Sehr geehrter Herr Schäck,
sehr geehrte Abgeordnete der FDP,

die Jugendbildungsstätte LidiceHaus und das Forum politische Bildung in Bremen beziehen mit diesem offenen Brief Stellung zu der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP zur Sicherstellung der politischen Neutralität staatlich geförderter Zuwendungsempfänger*innen, die wir als Angriff auf die politische Bildungsarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen ansehen. In Ihrer Anfrage behaupten Sie: „Die Wahrung der parteipolitischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen ist ein zentraler Bestandteil rechtsstaatlicher Prinzipien.“ Diese Behauptung erweckt den Eindruck, dass staatlich geförderte Organisationen einer Neutralitätspflicht unterliegen, die sich aus der Neutralitätspflicht des Staates ableitet.

Eine solche Annahme ist verfassungsrechtlich nicht haltbar. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt betont, dass es die Aufgabe des Staates ist, eine „freie und offene Meinungs- und Willensbildung“ (BVerfG, Urteil zur Parteienfinanzierung II, 1966) zu gewährleisten.

Diese Neutralitätspflicht bezieht sich jedoch ausschließlich auf das Handeln der Exekutive und nicht auf die Meinungsäußerungen oder die politische Arbeit unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Übertragung dieser Pflicht auf Nichtregierungsorganisationen stellt daher ein „etatistisches Missverständnis dar.“ (Verfassungsblog 2025)

Die pauschale Übertragung des Neutralitätsgebotes auf freie Träger ist mit Blick auf den grundrechtlichen Schutz der Meinungsfreiheit nicht akzeptabel. Es ist also gerade für zivilgesellschaftliche Akteur*innen der politischen Bildungsarbeit möglich, Positionen einzelner Parteien sachlich begründet als rassistisch oder rechtsextrem zu benennen.

Vielmehr ist es auch Aufgabe der politischen Bildung, kritisch zu differenzieren und pluralistische, demokratische und menschenrechtsorientierte Haltungen und Werte zu vermitteln. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen durch rechtsextreme Ideologien ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, der Prävention, Beratung und politische Bildung umfasst.

Politische Jugend- und Erwachsenenbildung spielt eine entscheidende Rolle, um rechtsextremen Tendenzen frühzeitig entgegenzuwirken. Durch gezielte Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung können wir das Bewusstsein für die Gefahren von Rechtsextremismus und Menschenverachtung schärfen und Menschen ermutigen, sich aktiv für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft einzusetzen. Dies erfordert eine enge

Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schulen und anderen staatlichen Institutionen.

Eine lebendige Demokratie braucht, wie sie in ihrer Kleinen Anfrage schreiben, die politische Bildungsarbeit und einen gesellschaftlichen Diskurs. Damit die politische Bildung in Bremen ihre wichtige Aufgabe weiterhin erfüllen kann, darf sie jedoch nicht durch eine erneute Neutralitätsdebatte eingeschränkt oder unter Druck gesetzt werden. Sie braucht vielmehr gezielte Förderung und Unterstützung! Andernfalls würden Bildungsangebote zu Demokratie, Menschenrechten und politischer Teilhabe massiv in ihrer Arbeit beschränkt.

Mit freundlichen Grüßen

Jugendbildungsstätte LidiceHaus
Forum Politische Bildung

Zitierte Quelle:

Wissenschaftler*innen, 2080: Offener Brief anlässlich der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen, VerfBlog, 2025/3/04, <https://verfassungsblog.de/offener-brief-kleine-anfrage-union>